
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.60963

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

HELMUT STUBBE-DA LUZ

PARTEIEN ALS POLITISCHE UNTERNEHMEN:
DER PARTEIENFORSCHER MOISEI OSTROGORSKI (1854–1919) UND
DIE HEUTIGE PARTEIENHISTORIE IN DEUTSCHLAND
UND FRANKREICH

Max Webers Vortrag »Politik als Beruf« – 1919 vor Münchener Studenten gehalten – dient zu seinem zweiten, kürzeren Teil als Zitatenschatz für manche Politikerrede: Gern wird Bewußtsein für die von Weber geforderten Eigenschaften demonstriert, für Leidenschaft, Verantwortungsgefühl, Augenmaß. Gern wird »Gesinnungsethik« verworfen und »Verantwortungsethik« in Anspruch genommen, obgleich sich nach diesen von Weber holzschnittartig typisierten Maximen gleichermaßen schlecht leben dürfte: der stereotyp gelobte Verantwortungsethiker ist kein Hellseher, dem die Folgen seines Handelns verlässlich vor Augen stünden. Genau deshalb zitieren Politiker, an deren Tun sich tatsächlich zu zeigen droht, »daß das schließliche Resultat politischen Handelns (...) geradezu regelmäßig (...) in geradezu paradoxem Verhältnis zu seinem ursprünglichen Sinn steht«, zu ihrer Rechtfertigung oft, Politik bedeute vor allem »ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich«.

Weniger bekannt ist, daß es einen ersten, faktenreicheren Teil dieses Vortrages gibt, vor dessen Hintergrund der zweite, philosophisch-abwägende erst seinen Sinn bekommt. Um seinen Zuhörern einen Eindruck davon zu geben, wo sich nach »dem Karneval, den man mit dem stolzen Namen einer ›Revolution‹ schmückt«, für die künftigen Akademiker politisch-berufliche Betätigungsmöglichkeiten eröffnen könnten, hatte Weber sie davor gewarnt, als »Lohnschreiber« oder »Lohnredner« zu enden. Der führende Soziologe, der um die Jahreswende 1918/19 schon im Vorfeld einer Kandidatur zur Nationalversammlung innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei gescheitert war, hatte ein nüchternes Bild von Journalismus und Parteiwesen gezeichnet. Angesichts der sich anbahnenden Installierung eines Parteienstaates in Deutschland hatte Weber ausführlich die schon entwickelten Parteiorganisationen in England und den USA skizziert – »Kinder der Demokratie, des Massenwahlrechts, der Notwendigkeit der Massenwerbung und Massenorganisation, der Entwicklung höchster Einheit der Leitung und strengster Disziplin«. Nur formell habe dort Demokratisierung stattgefunden: Nicht die Versammlungen der Parteimitglieder hätten die Macht in Händen, sondern diejenigen, »welche *kontinuierlich* innerhalb des Betriebes die Arbeit leisten, oder aber diejenigen, von welchen (...) der Betrieb in seinem Gang pekuniär oder personal abhängig ist.« Die »Parteimaschine« zwinge ihren Willen oft auch den Parlamentariern auf; politischer Führer werde derjenige, »dem die Maschine folgt, auch über den Kopf des Parlaments.« Solche Maschinen bedeuteten »den Einzug der *plebiszitären* Demokratie«.

Weber hatte eine Pathologie des modernen Parteienwesens entworfen: Wahl-Unternehmertum, Korruption bei der Geldbeschaffung, Postenjägerei. Die Masse nicht nur der Mitglieder, sondern auch der Abgeordneten sei zu Stimmvieh degradiert worden: »Über dem Parlament steht also damit der faktisch plebiszitäre Diktator, der die Massen vermittelt der ›Maschine‹ hinter sich bringt und für den die Parlamentarier nur politische Pfründner sind, die in seiner Gefolgschaft stehen.« Ausdrücklich stützte sich diese Skizze auf die Arbeiten des russischen Publizisten Moisei Jakovlevitch Ostrogorski. Webers resignative Folgerung freilich, es gäbe nur die Wahl zwischen einerseits dieser plebiszitären Führer-

demokratie mit Partei-«Maschinen» und mit einem charismatischen Demagogen an der Spitze sowie andererseits einer (noch schlimmeren) »führerlosen Demokratie« der »Berufspolitiker« ohne Beruf«, des »Klüngels« – dieser problematische Schluß hatte in Ostrogorski keine Stütze.

Ostrogorski: »Großes Werk« – kleine Wirkung?

Die Bearbeiter der neuen Max-Weber-Gesamtausgabe haben Ostrogorski wenig Beachtung geschenkt: sie haben in einer Fußnote seinen Nachnamen wiederholt, ein »M.« für seine Vornamen hinzugefügt und die englische Version der ersten Auflage seines auf Französisch verfaßten Hauptwerkes über Demokratie und Parteien angegeben (ohne sie als Übersetzung zu kennzeichnen)¹. Im Register ist Ostrogorskis Vorname aber korrekt ausgeschrieben worden, was deshalb eine Erwähnung verdient, weil einer der Herausgeber, Wolfgang J. Mommsen, ihn in früheren Publikationen mehr als einmal »Maurice« genannt und sein »großes Werk« zumindest einmal um ein Jahrzehnt vordatiert hatte².

Mit dem zweiten »Klassiker« der Parteienkritik, Robert Michels (1876–1936), ist man auf derselben Seite der Max-Weber-Gesamtausgabe aufmerksamer verfahren: Obwohl Weber bei einem Seitenblick auf die deutsche Sozialdemokratie und deren von innerparteilichen Kritikern beklagte »Bureaucratisierung« in seinem Vortrag Michels Namen nicht genannt hatte, ist hier – zu Recht, aber nicht zwingend – die Verbindung zu seinem damals schon in Basel lehrenden Freund hergestellt, dessen voller Name angegeben, der einschlägige Gedankengang aus seinem parteiensoziologischen Buch referiert worden³.

Diese kleinen Beobachtungen scheinen symptomatisch für die unterschiedliche Zuwendung, die Michels und Ostrogorski in Deutschland zuteil geworden ist; man mag darüber um so erstaunter sein, als Max Weber, der Nestor der deutschen Soziologie, in jenem Vortrag die Gewichte hier genau umgekehrt verteilt hatte. Vielleicht hat die Parteienkritik, die Weber in dem Teil des Vortrages übte, worin Ostrogorskis Sichtweise eine tragende Rolle spielte, Anstoß erregt⁴. Ferner konnte die Apologie charismatischer Führerschaft später, nach 1945, im Rückblick als verhängnisvoll erscheinen: Michels hatte sich in den zwanziger Jahren dem italienischen Faschismus zugewandt und diese Konversion auch durch Verweise auf Max Weber zu rechtfertigen versucht. Aber Michels ist deshalb nicht nach-

1 Max WEBER, *Wissenschaft als Beruf 1917/1919, Politik als Beruf*, hg. v. Wolfgang J. MOMMSEN u. Wolfgang SCHLUCHTER in Zusammenarbeit mit Birgitt MORGENBROD, Tübingen 1992 (Max Weber Gesamtausgabe, hg. v. Horst BAIER u. a., Abt. I: Schriften und Reden, 17), S. 205, Anm. 73. Moisei J. OSTROGORSKI, *Democracy and the organization of political parties*, translated from the French by Frederick Clarke, with a preface by the Right Honorable James Bryce, 2 Bde., London, New York 1902. Die englische Übersetzung war eher auf dem Markt als das Original, *La démocratie et l'organisation des partis politiques*, 2 Bde., Paris 1903.

2 Wolfgang J. MOMMSEN, *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, Tübingen: 2. bearrb. Aufl. 1974, u. a. S. 116, wo angegeben ist, Ostrogorskis Hauptwerk sei »1893« erschienen. DERS., Robert Michels und Max Weber, *Gesinnungsethischer Fundamentalismus versus verantwortungsethischer Pragmatismus*, in: *Max Weber und seine Zeitgenossen*, hg. v. DERS., Wolfgang SCHWENTKER, Göttingen, Zürich 1988 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 21), S. 196–215, hier S. 202: »Maurice Ostrogorsky«.

3 WEBER (wie Anm. 1) S. 205, Anm. 72. Robert MICHELS, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911.

4 In der Textausgabe Max Weber, *Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik*, mit einer Einleitung von Eduard BAUMGARTEN hg. u. erläutert v. Johannes WINCKELMANN, Stuttgart: 4., erneut durchges. u. verbess. Aufl. 1968, ist dieser erste Teil des Vortrags weggelassen worden, weil die »äußeren Möglichkeiten (...) der politischen Laufbahn« für weniger wichtig gehalten wurde als »die Innenseite des politischen Berufs« (S. 527).

träglich als Soziologe verfehmt worden, und zu Recht: keineswegs führte ein gerader Weg von seiner Parteienkritik zur Mussolini-Anhängerschaft.

Ostrogorski war ein Liberal-Konservativer, der sich in der Tradition Montesquieus und Tocquevilles sah⁵. Sein Menschenbild war zu skeptisch, als daß er die Bezeichnung eines Radikaldemokraten verdiente, aber er war ein unnachsichtiger Kritiker der Ideologie der Staats-Parteien, die darin besteht, das Parteien-Staatswesen als Parteien-Demokratie auszugeben. Als »ebenso künstlich wie unvernünftig und überholt schon bei seiner Entstehung« bezeichnete Ostrogorski »dieses System auf Dauer angelegter Parteien«, und nicht ohne einen Schuß Romantik klagte er: »Die Probleme, die die Öffentlichkeit beschäftigten, waren ebenso zahlreich wie unterschiedlich, aber folgerichtig mußte man nun – anstatt die Leute um die Probleme zu gruppieren, diese Probleme an schon festgefügte Gruppierungen anpassen. Zu diesem Zweck machte man aus dem Durcheinander der tagespolitischen Fragen ein großartiges Gedankengebäude; man häufte sie zu Warenhaus-Programmen auf, man ordnete sie wie Karten, um dann mal die eine, mal die andere auszuspielen«⁶.

Heinrich Otto von der Gablentz hat 1952 zwei Arten der Parteienkritik unterschieden: die erste, nach seinem Eindruck »die deutsche Normalreaktion«, bestehe in dem Vorwurf, die Parteien verhinderten eine sachliche Politik, ihr Einfluß im Staatswesen wäre illegitim. Die allein akzeptable Form der Parteienkritik sei, den Parteien keineswegs eine Existenzberechtigung abzuspochen, aber unter bestimmten Aspekten ihre Leistungsfähigkeit anzuzweifeln und die Frage zu stellen, ob sich die »Herrschenden« tatsächlich vor den »Beherrschten« verantworten müßten und ob diese tatsächlich »die Verantwortung mitübernehmen durch Wahl der Herrscher«⁷.

Ostrogorski hätte an Stelle der »permanenten« Parteien lieber eine Art von Bürgerinitiativen gesehen, hielt es aber weder für möglich noch für wünschenswert, daß die real existierenden Parteien sich selbst auflösten oder »par ordre du mufti« abgeschafft würden. Er kritisierte sie vor dem Hintergrund einer Idealkonzeption, die »permanente« und »Ad-hoc«-Parteien gleichermaßen einschloß und die er auf Edmund Burke zurückführte: eine Partei als Organisation von Leuten, die sich mit vereinten Kräften in den Dienst des nationalen Wohls stellten, und zwar aufgrund gemeinsamer politischer Prinzipien. Die real existierenden Parteien dagegen bildeten Kampfgemeinschaften und machten sich – in einem zwischen Konkurrenz und Komplizenschaft gelagerten Verhältnis zueinander stehend – den Staat zur Beute⁸. So ist Ostrogorski ebenso wie Michels ein Klassiker der zweiten der von Gablentz unterschiedenen Varianten. Dennoch gibt es keine deutsche Übersetzung seines Parteienbuches.

Gewiß war er nie Universitätsprofessor (1912 schlug er einen Lehrstuhl der Universität von Cleveland aus), aber sogleich sein erstes Buch, eine 1892 von der Pariser Juristischen Fakultät preisgekrönte Studie über die Stellung der Frau im öffentlichen Recht verschiedener westlicher Länder, war ins Deutsche übertragen worden⁹. Gewiß auch hat Ostrogorski, ein Jude, der 1882 nach Paris emigrierte und dort Politikwissenschaft studierte, der England und die USA bereiste, der 1906 – vorübergehend nach Rußland zurückgekehrt – kurzzeitig Mitglied der Staatsduma als Vertreter der Konstitutionell-Demokratischen Par-

5 Helmut STUBBE-DA LUZ, Moisei J. Ostrogorski, in: Lexikon des Konservatismus, Graz 1996.

6 MOISEI OSTROGORSKI, *La démocratie et les partis politiques*, (1910), Préface de Pierre AVRIL, Paris 1993, S. 658.

7 Otto Heinrich VON DER GABLENTZ, *Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte*, Berlin 1952 (Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin) S. 7 f.

8 OSTROGORSKI (wie Anm. 6) S. 680 f. Übersetzung von mir.

9 *Die Frau im öffentlichen Recht, Eine vergleichende Untersuchung der Geschichte und Gesetzgebung der civilisierten Länder*, Autorisierte Übersetzung von Franziska STEINITZ, Leipzig 1897.

tei war, über die angelsächsischen und nicht über die deutschen Parteien geschrieben, aber wie bei Michels ist es der »Ansatz«, sind es die sozialwissenschaftlich und historisch-methodisch relevanten Aspekte, die den Wert seines Werkes ausmachen.

Es gibt nur eine einzige deutsche Monographie, worin auf Ostrogorski – zusammen mit Michels – näher eingegangen worden ist: Rolf Ebbighausen hat dort die These aufgestellt, daß nach Weber, ja sogar schon mit ihm eine politische, aber auch sozial- und geschichtswissenschaftliche Abwendung von der radikaldemokratischen Kritik der beiden »Klassiker« begonnen habe, daß eine vorgeblich »empirische« Sichtweise des Parteienwesens an ihre Stelle getreten sei¹⁰. Eine Übersetzung Ostrogorskis ist aber wohl vor allem deswegen ausgeblieben, weil allgemein angenommen wurde, die Quintessenz des voluminösen Werkes finde sich via Michels und Weber dem deutschen Publikum schon hinreichend dargelegt.

In Frankreich, seiner zweiten Heimat, schien Ostrogorski bis vor kurzem selbst unter Fachleuten nicht mehr jedermann ein Begriff zu sein: zwar zählte Daniel-Louis Seiler ihn 1986 zusammen mit dem britischen Juristen und konservativen Politiker James Bryce (1838–1922) sowie Michels zu den Klassikern der Vor-Duverger-Zeit und stellte ihn als politisch-philosophischen Publizisten in eine Reihe mit Burke und Benjamin Constant¹¹. Doch als Colette Ysmal 1989 ihr Buch über die Parteien in der Fünften Republik veröffentlichte, nahm sie Ostrogorski zwar in ihr Literaturverzeichnis auf, aber der Vorname war durch einen Druckfehler entstellt, und angeführt fand sich der amerikanische Titel mit der Jahreszahl 1964 – was im Rahmen des gewählten Zitiersystems bedeutete, daß Ostrogorski von Ysmal zu den Mitlebenden gezählt oder sein Werk für eine posthume Veröffentlichung gehalten wurde¹². Es war nicht ersichtlich, daß es sich um eine zweibändige Textauswahl aus der Übersetzung der ersten Auflage von 1902 handelte¹³. Daß es seit 1979 eine Textauswahl der zweiten Auflage von 1910 in französischer Sprache gibt, war Ysmal entgangen¹⁴.

Ungekürzt ist die zweite Auflage von Ostrogorskis Chef-d'oeuvre 1993 von Pierre Avril herausgegeben worden¹⁵. Und wenn Ostrogorski hier für zumindest nicht weniger bedeutsam als Michels gehalten wird, so kommt als Grund dafür nicht allein der Wunsch in Frage, das Werk eines akkulturierten Publizisten für die französische Politikwissenschaft und Parteienhistorie zu reklamieren¹⁶: Avril, Staatsrechtler und Politologe, hält nicht nur Michels Konzentration auf das Problem der »innerparteilichen Demokratie« für verengt, sondern zitiert auch wohlwollend die These seines rumänischen Kollegen Ghita

10 ROLF EBBIGHAUSEN, *Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie, Eine Studie über Moisei Ostrogorski, Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung*, Berlin 1969, S. 14 u. a.

11 DANIEL-LOUIS SEILER, *De la comparaison des partis politiques*, Paris 1986, S. 17, unter Bezugnahme auf MAURICE DUVERGER, *Les partis politiques*, Paris 1951. Zu Bryce vgl. ROBERT G. MCCLOSKEY, Bryce, James, in: *International encyclopedia of the social sciences*, New York 1968, Bd. 1, S. 159–161.

12 COLETTE YSMAL, *Les partis politiques sous la V^e République*, Paris 1989, S. 16.

13 MOISEI OSTROGORSKI, *Democracy and the organization of political parties* (1902), edited and abridged by Seymour M. LIPSET, 2 Bde. Chicago 1964 (Quadrangle Books) und Garden City 1964 (Anchor Books, Reprint New Brunswick/London 1982). Bei der französischen Übersetzung von »Roberto« MICHELS, *Les partis politiques, Essai sur les tendances oligarchiques des démocraties*, Paris 1971, hat YSMAL auch das Jahr des erstmaligen Erscheinens, 1911, angegeben, nicht dagegen bei Ostrogorskis Buch.

14 MOISEI OSTROGORSKI, *La démocratie et les partis politiques, Textes choisis et présentés par Pierre ROSANVALLON*, Paris 1979.

15 OSTROGORSKI (wie Anm. 6).

16 Vgl. Pierre AVRIL, *Préface*, *ibid.*, S. 17ff., 27f.

Ionescu, Ostrogorski sei Michels direkter geistiger Vorläufer gewesen, ohne daß Michels dies in gebührender Weise erwähnt hätte¹⁷.

Die Verfasserinnen eines für breitere Kreise bestimmten Büchleins über das französische Parteiensystem der Nachkriegszeit haben Ostrogorski jedenfalls als *den* maßgeblichen Ahnherrn moderner Parteienkritik wiederentdeckt: »Zu Beginn des Jahrhunderts klagte der Politologe Ostrogorski die Parteien an, sie übten gemeinsam Druck auf die Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger aus und entmündigten sie. Ostrogorski befürwortete die Bildung von Ad-hoc-Parteien, von Gruppierungen, die sich um ein bestimmtes Ziel herum organisieren und nach dessen Erreichung wieder verschwinden könnten. Dann nähmen die Parteien wieder ihre eigentliche Rolle als politisches Mittel ein und hörten auf, Selbstzweck zu sein«¹⁸.

So scheint eine auch in Frankreich wachsende Skepsis gegenüber einigen Aspekten der Leistungsfähigkeit der Parteien dazu geführt zu haben, daß Ostrogorski wieder nahezu so zugänglich ist wie zu seinen Lebzeiten, als beispielsweise der Historiker Augustin Cochin in explizitem Rückgriff auf Ostrogorskis handfeste Schilderung der Praxis des »Caucus« in Großbritannien und der »Maschine« in den USA es unternahm, das Parteiliniendenken der Jakobiner (»le patriotisme«), der englischen Caucusmen (»la conformité«) und der amerikanischen Bosse (»la régularité«) in eine Reihe zu stellen¹⁹. Später erhob Cochin das von ihm formulierte »Prinzip der immer schon vorgefaßten Entscheidungen« (le principe de la décision préalable) zu einem soziologischen Gesetz: In jeder Organisation gebe es einen »inner circle«, der mit all den manipulativen Kniffen, die stets einer Bande gegenüber der Masse zu Gebote stünden, fast alle Entscheidungen der offiziellen Zusammenkünfte präjudizierten. Dafür schlug Cochin den Oberbegriff des »Maschinismus« vor²⁰.

Eine Maschine, so hatte Ostrogorski definiert, sei »eine hierarchisch abgestufte Gruppe von Personen, die aneinander durch persönliche Ergebenheit nach Söldnerart gebunden und einzig und allein bestrebt seien, ihre Begierden durch die Ausbeutung der Ressourcen einer politischen Partei zu befriedigen«²¹. Demnach bestünde also das Unternehmen einer Partei 1. in seinem Kern aus den Unternehmern (den »Bossen«), die dem Ganzen Triebkraft und Richtung geben, und den ihnen zuarbeitenden haupt- und ehrenamtlichen Funktionären, sowie 2. einer Peripherie aus Angestellten (Bürokräften etc.) und Mitgliedern, die zusammen vielleicht mit den »abhängig Beschäftigten« eines Wirtschaftsunternehmens verglichen werden könnten, und schließlich 3. aus den mehr oder minder selbstbestimmt-freiwilligen Politik-Konsumenten, die bereit sind, für die »Produkte« des betreffenden Unternehmens ihre Stimmzettel auszugeben.

Ostrogorski konstatierte eine Industrialisierung der Politik: »In der ganz überwiegenden Zahl der Fälle genügen der enorme Umfang der Kosten eines Wahlkampfes und die Komplexität der Aufgabe, einen Einzelkandidaten daran zu hindern, seine Hand nach Wählerstimmen auszustrecken; wenn ein Aspirant nicht von der Maschine der Partei, auf die er sich beruft, gebilligt worden ist, muß er seine eigene Maschine formieren, wie wenn ein Reisender für seinen persönlichen Gebrauch eine Eisenbahn baute (...) Die Maschine hat es geschafft, die Wahlen zu einer Industrie umzufunktionieren, von der man nach der

17 Ghita IONESCU, Ostrogorski et sa théorie des partis politiques, aus dem Engl., in: Commentaire 10, 1986, S. 298–306.

18 Béatrice COMPAGNON, Anne THÉVENIN, Les Français et leurs partis politiques, Paris 1993, S. 74. Übersetzung von mir.

19 Augustin COCHIN, La crise de l'histoire révolutionnaire: Taine et M. Aulard (1909), in: DERS., Les sociétés de pensée et la démocratie moderne, Etudes d'histoire révolutionnaire, Paris 1978, S. 39–118, hier S. 71.

20 Augustin COCHIN, La révolution et la libre-pensée, réédition Paris 1979, S. 131.

21 OSTROGORSKI (wie Anm. 6) S. 526 f.

Methode anderer industrieller Unternehmen, nämlich durch die Konzentration des Kapitals und die Bearbeitung von Rohstoffen profitiert«²². »Rohstoffe« waren da auch die Wählermassen, deren Bewußtsein es aus Sicht der Partei-Unternehmer so zu bearbeiten galt, daß sie das jeweils erwünschte »Konsum«-Verhalten an den Tag legten.

1951 zweifelte Maurice Duverger zwar teilweise an der Authentizität der Schilderungen Ostrogorskis, der es unterlassen hatte, sein umfangreiches Material in einem Anmerkungsapparat der Kritik zugänglich zu machen, aber auch Duverger hob Ostrogorskis Rolle als Pionier der soziologisch-historischen Untersuchung der (angelsächsischen, bürgerlichen) Partei-Organisationen hervor; danach habe die Entwicklung des Sozialismus Michels zu dessen Buch angeregt²³. Im angelsächsischen Bereich wird Ostrogorski ebenfalls nicht geringer eingeschätzt als Michels²⁴, wengleich dessen Buch dort mehr Auflagen erfahren hat als das Ostrogorskis²⁵. Austin Ranney hat 1975 Ostrogorskis Werk mit Selbstverständlichkeit als authentische Darstellung herangezogen²⁶. Für die britische Parteienhistorie ist Ostrogorski 1964 von Robert McKenzie als Autorität gewürdigt worden²⁷.

Gewiß ist die Forschung en détail in so manchen Punkten über Ostrogorski hinweggeschritten. Aber die von ihm ausgewählten Aspekte der soziologischen und historischen Betrachtung der Parteien scheinen einer Berücksichtigung in der deutschen und französischen Parteienhistorie noch zu harren, während sie in der politischen Publizistik des wiedervereinigten Deutschlands an Raum gewonnen haben – einer gewiß auch polemischen, aber wissenschaftlich fundierten Publizistik²⁸. Und ist nicht (um eine rhetorische Frage Michael Th. Grevens, eines akademischen Parteienforschers, in Anspruch zu nehmen) bereits »der fundierte Journalismus über politische Parteien, ihre Rolle im politischen System, ihren Beitrag zur Demokratie (...) der akademischen Parteienforschung regelmäßig um Längen voraus«²⁹?

Ein »Ostrogorski-Programm« für die Parteienhistorie

Aus dem Studium Ostrogorskis könnte die Geschichtsforschung über die Parteien in Westeuropa drei Gesichtspunkte gewinnen:

22 Ibid., S. 536 f.

23 Maurice DUVERGER, *Die politischen Parteien*, hg. u. übersetzt von Siegfried LANDSHUT, Tübingen 1959, S. 4, XII. Landshut würdigte Duvergers Werk als die erste grundlegende Parteienmonographie seit Ostrogorski und Michels, S. VII.

24 Ein Indiz dafür sind die Artikel über Ostrogorski in der *Encyclopedia of the social sciences*, New York 1933, Bd. 11, S. 503–504 (Arthur MACMAHON) und in der *International encyclopedia of the social sciences*, New York 1968, Bd. 11, S. 347–350 (Seymour M. LIPSET).

25 Vgl. Anm. 13. Der 2. Band der ersten Auflage war 1910 in überarbeiteter Form u.d.T. *Democracy and the party system in the United States, A study in extraconstitutional government*, New York, erschienen; Neuauflagen erfolgten 1921 und 1926, zuletzt als Reprint 1974.

26 Austin RANNEY, *Curing the mischiefs of faction, Party reform in America*, Berkeley 1975, u.a. S. 33, 46, 64, 71.

27 Robert MCKENZIE, *British Political Parties*, London 1964, S. 5.

28 Hans Herbert VON ARNIM, *Der Staat als Beute, Wie Politiker in eigener Sache Gesetze machen*, München 1993. DERS., *Staat ohne Diener, Was schert die Politiker das Wohl des Volkes?*, München 1993. Klaus von BEYME, *Die politische Klasse im Parteienstaat*, Frankfurt a.M. 1993. – Helmut STUBBE-DA LUZ, *Parteiendiktatur. Die Lüge von der »innerparteilichen Demokratie«*, Frankfurt a.M. 1994.

29 Michael Th. GREVEN, *Die Parteien in der politischen Gesellschaft sowie eine Einleitung zur Diskussion über eine »allgemeine Parteientheorie«*, in: *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, hg. v. Oskar NIEDERMAYER u. Richard STÖSS, Opladen 1993, S. 276–292, hier S. 280.

1. Wichtiger denn die »Tunnelhistorie« der Parteien (die parallele Darstellung der Hauptströmungen oder gar nur der erfolgreichsten Organisationen)³⁰ ist die Gesamtbetrachtung der Parteien in ihrer gemeinsamen Rolle als – bislang durchweg extrakonstitutionelle – Hauptakteure in den westlichen Parteienstaatswesen.

2. Wichtiger denn die bloß externe Betrachtung der Parteien als einer Art von »black boxes«, worin nach zu »Interna« deklarierten Regeln Programme und Kandidaten produziert werden, ist die Untersuchung der Parteien als organisationssoziologisch relevanter Phänomene mit konfliktreichem Innenleben, worin Mechanismen der Art wirken, wie sie Ostrogorski mit seinem »Gesetz der Konzentration der Macht bei der Minderheit« auf eine Formel zu bringen versucht hat³¹.

3. Wichtiger denn die Betrachtung der Parteien als Vereinigungen von Aktivbürgern zum Zwecke intensiverer politischer Willensbildung im Dienste des Gemeinwohls, als Vereinigungen, die aufgrund bestimmter Leistungen bestimmte Wahlergebnisse erzielen, ist ihre Erforschung als hierarchisch gegliederte, Geschlossenheit demonstrierende politische Unternehmen, auf deren Prioritätenliste Stimmenmaximierung und Ämterpatronage, Mediatisierung des Volkes (Werner Weber) und Kolonisierung der Gesellschaft (Klaus von Beyme) stehen. Unter diesem Aspekt ist die totalitäre Einheitspartei auch eine Partei, vielleicht die konsequenteste und erfolgreichste. Daran hat Ionesco bei seiner anregenden Spekulation gedacht, Ostrogorski und Lenin hätten in ihren 1902 fast gleichzeitig erschienenen Schriften (Lenin: Was tun?) ein und dasselbe Bild vor Augen gehabt: die alleinherrschende Partei – mit dem Unterschied, daß sie Ostrogorski als Schreckensvision, Lenin dagegen als Ziel erschienen sei.

Gesamtbetrachtung der Parteien (auch unter dem Gesichtspunkt der »Kartell«- oder »Klassen«-Bildung), Binnenbetrachtung der Parteien (wesentlich unter dem Aspekt der im Bonner Grundgesetz 1949 zum »Muß« erhobenen Innerparteilichen Demokratie), Betrachtung der »wirklichen« Ziele der Parteien (unter dem nüchternen Verdacht, sie seien »Interessengruppen in eigener Sache«) – sind diese Maximen nicht längst in die geschichtswissenschaftliche Praxis umgesetzt worden? Welche Forschungsdesiderate lassen sich daraus ableiten?

Hier sollen kurze Antworten unter Bezugnahme auf je zwei französische und deutsche Überblickswerke der letzten Jahre versucht werden: die schon zitierte Arbeit von Colette Ysmal und die Studie von Pierre Lévêque über Frankreichs politische Kräfte seit 1789³²; ferner die Orientierungsbücher über die deutsche Parteiengeschichte von Peter Lösche und Robert Hofmann³³. Zunächst jedoch: Haben die Autoren explizit ihre Methode reflektiert? Haben sie eine Definition des Phänomens »Partei«, d.h. zugleich einen ersten Schritt zu einer Theorie der Parteien, angeboten?

Ostrogorski hat nicht allein die real vorfindlichen Parteien als Unternehmen charakterisiert sowie eine weitere und eine engere Idealvorstellung von Parteien offenbart (Vereinigung mit politischen Prinzipien zur Förderung des Gemeinwohls, aber möglichst ohne Permanenz um ihrer selbst willen); er hat auch versucht, seine Methode darzulegen. Sie nimmt sich – ganz modern – als eine Methode von »Konstruktion und Kritik« aus, eine

30 Vgl. David H. FISCHER, *Historian's fallacies, Toward a logic of historical thought*, New York 1970, S. 142 ff.

31 OSTROGORSKI (wie Anm. 6) S. 666. – Dieses »Gravitationsgesetz der sozialen Ordnung« war vermutlich das Vorbild für Robert Michels' »ehernes Gesetz der Oligarchie«.

32 YSMAL (wie Anm. 12). – Pierre LÉVÊQUE, *Histoire des forces politiques en France*, Bd. 1: 1789–1880, Paris 1992, Bd. 2: 1880–1940, Paris 1994.

33 Peter LÖSCHE, *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*, Stuttgart 1993, 2. Aufl. 1994. Robert HOFMANN, *Geschichte der deutschen Parteien, Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart*, München 1993.

pragmatische Abfolge von Beobachtung, Generalisierung und »Verifikation« der Hypothesen im Lichte erneuter Beobachtung; Betrachtung der Geschichte aufgrund der empirisch gewonnenen Thesen; schließlich eine ideologiekritische Position gegenüber den Legitimationsversuchen der Parteien, die sich – wie er meinte – als Haupt-Machtinhaber installiert hatten³⁴.

Von den vier Autoren ist eine Offenlegung der Methode nur Hofmann, einem Politologen, als überflüssig erschienen. Ysmal, ebenfalls Politikwissenschaftlerin, hat sich das Ziel gesetzt, deskriptiv vorzugehen. Sie habe kein – gar neues – Analyse-Konzept, aber drei Hauptaspekte: die Entwicklung der einzelnen Parteien, der »Parteienlandschaft« und des »Parteiensystems«; die Konzentrationstendenzen zu je zwei »Links«- und »Rechts«-Parteien im Frankreich der V. Republik; die Fähigkeit der Parteien, den Ansprüchen der Bürger zu genügen: sei dies der Fall, mutet uns Ysmal eine *Petitio principii* zu, bleibe eine Partei bestehen, wandele und entwickle sich; wenn nicht, ginge sie unter³⁵. Existieren also die existenten Parteien aus dem Grund, daß sie den Ansprüchen der Bürger genügt haben? Lévêque, Historiker, bekennt sich zur Schule der »Annales«, zur Betrachtung nicht von Persönlichkeiten, sondern von Institutionen und Strukturen auf lange Sicht; er nennt – von dem Politikwissenschaftler Jean Charlot übernommen – sechs nur schwer voneinander zu trennende Aspekte: Entstehung und Entwicklung der Parteien, Organisationsstruktur, Ziele, Funktionen, »Parteiensystem«, »Parteienlandschaft«³⁶. Unter Parteienlandschaft schlage ich vor, die agierenden Parteien, ihre Zahl, ihre relative Stärke, ihre weltanschaulich-programmatische Grobausrichtung zu verstehen, unter Parteiensystem zusätzlich den institutionellen Rahmen: Verfassungs- und Wahlrecht, Finanzierung der Parteien, ihre Stellung in Gesellschaft und Staat.

Lösche, Politikwissenschaftler, strebt die Strukturierung seiner die Zeitgeschichte bevorzugenden Darstellung durch systematische Aspekte an, wozu nicht nur Programme zählen (deren Bedeutung hier zu Recht relativiert wird), sondern auch Organisation und Organisations-Netzwerk (z.B. unter Einschluß der deutschen Partei-«Stiftungen«), ferner Wahlrecht, Finanzen, sogar Innerparteiliche Demokratie, womit hier freilich nicht auf parteiinterne Verhältnisse gezielt, sondern die Frage verbunden wird, ob die Wählerschaft einer Partei »Spiegelbild ihrer Mitgliedschaft und Elite« darstelle³⁷.

Am Beginn einer Parteien-Theorie: eine Parteien-Definition

Ysmal und Lévêque haben sich den Kriterienkatalog von LaPalombara und Wiener zu eigen gemacht: 1. dauerhafte Organisation mit 2. lokalen Filialen, die mit der regionalen oder nationalen Ebene »regelmäßige und vielseitige Beziehungen« unterhalten, 3. Machtwillen und 4. Legitimationsbeschaffung bei der Bevölkerung »durch Wahlen oder auf jede andere Weise«³⁸.

Da für Lösche zum Begriff der Partei mindestens zwei davon gehören (ein Ein-Parteiensystem sei »ein Widerspruch in sich«)³⁹, endet für ihn die Geschichte der deutschen Parteien 1933, um 1945 erneut zu beginnen, und selbst die Geschichte von SED und Blockparteien bleibt ausgeblendet. Demgegenüber hat Wolfgang Abendroth 1961 hier eine Konti-

34 OSTROGORSKI (wie Anm. 6) S. 36 f.

35 YSMAL (wie Anm. 12) S. 13.

36 LÉVÊQUE (wie Anm. 35) S. 4 f. unter Bezug auf Jean CHARLOT, *Les partis politiques*, Paris 1971.

37 LÖSCHE (wie Anm. 36) S. 17.

38 Joseph LAPALOMBARA, Myron WIENER, *The origin and development of political parties*, in: *Political parties and political development*, hg. v. DENS., Princeton 1966, S. 5–7.

39 LÖSCHE (wie Anm. 36) S. 7.

nuität betont und im Parteienstaatswesen Bundesrepublik auch aus dem Grunde eine »nachfaschistische« Gesellschaft konstatiert, daß die Apparate von Staat, Wirtschaft, sozialen Verbänden und Parteien »mit ehemaligen Mitgliedern der staatstragenden Monopartei eines faschistisch-dezisionistischen Staates durchsetzt« seien; diese hätten »zwar Teile ihrer früheren Vorstellungen überwunden, andere jedoch (...) in den Grundzügen beibehalten«; daher »erkläre sich auch die Unbefangenheit, mit der gegenwärtig bestimmte Parteien nach der Staatskasse greifen, relativ leicht«⁴⁰.

Das auf Max Weber zurückgehende Kriterium »Machtwillen« wird von Lösche relativiert: In Parteien ginge es »nicht nur zweckgerichtet (...) um Machterwerb und Machtausübung«; vielmehr wären Parteien auch »gesellige Veranstaltungen«, in denen wir Freunde gewinnen könnten. So ist für Lösche eine Partei nach wie vor »eine Vereinigung von Bürgern« mit ideellen und interessebedingten Zielsetzungen, die sich von denen anderer Vereinigungen absetzten; sie seien »durch ein gewisses Maß an Organisationsförmigkeit« gekennzeichnet und durch kontinuierliche Kandidatenaufstellung für Wahlen⁴¹. Für Hofmann können dagegen »Parteien offensichtlich auch dann Parteien bleiben, wenn sie einen Großteil politischer Macht usurpiert und ihre Konkurrenz mehr oder weniger ausgeschaltet haben«; deshalb müßten auch die NSDAP nach 1933 und die SED Gegenstände der Parteienhistorie sein⁴². Doch dann endet Hofmanns Darstellung der NSDAP – von wenigen Sätzen abgesehen – 1933, und das DDR-Block-System hat nur ein Dutzend Seiten abbekommen, obwohl es nach der Wiedervereinigung (auch einiger Parteien!) doch an der Zeit wäre, zumindest eine gesamt-deutsche Parteienhistorie nach 1945 zu schreiben.

Die Parteien in Westeuropa sind ungefähr zur gleichen Zeit, unter vergleichbaren Bedingungen, aufgrund ähnlicher Motive und Ursachen entstanden; sie haben – in ihren erfolgreichen Exemplaren – eine vergleichbare Karriere gemacht, haben direkt oder indirekt die aristokratisch, militärisch, bürokratisch gestützten Monarchen abgelöst. Sie weisen vergleichbare Strukturmerkmale auf, haben im Zuge der europäischen Einigungspolitik in mehreren Fällen transnational unter dem Aspekt der politischen »Strömungen« föderiert. Dennoch wird ihre Geschichte bis heute fast ausschließlich in Form der Tunnelhistorie rekonstruiert, sogar innerhalb der jeweils nationalen Parteienhistorie noch nach Strömungen, gar einzelnen Gruppierungen. Die Geschichte des nicht viel älteren industriellen Kapitalismus wird gewiß zum Teil auch als Historie der erfolgreichsten Konzerne, ja Unternehmer dargeboten, aber hauptsächlich geht es dort um Konjunkturen, Wirtschafts- und Währungsordnungen, Unternehmensformen, Produktivitätskonzeptionen, Absatzstrategien, seit einiger Zeit auch um die Funktion und die Interessen der Verbraucher. Liegt das am »in der Sache liegenden« Unterschied zwischen Wirtschafts- und Sozialhistorie einerseits, politischer Historie andererseits, an dem Unterschied, der Konzerne und Parteien auch dann noch trennt, wenn wir die Parteien als »politische Unternehmen« betrachten, oder liegen der konventionellen Parteienhistorie zudem implizite Entscheidungen zugrunde, die weniger methodisch denn politisch sind? Jedenfalls bieten unsere vier Autoren – wie schon ein Blick in die Inhaltsverzeichnisse zeigt – allesamt »Tunnelhistorie« – eine Mixtur aus Organisationshistorie, Anekdoten, biographischen Hinweisen, politischer Philosophie, Wahlergebnissen etc., aufgereiht an Fäden wie »Die Liberalen«, »Die Konservativen« (Lösche) oder »Le développement de l'extrême-gauche«, »L'UDR en proie au conservatisme« (Ysmal).

40 Wolfgang ABENDROTH, Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, in: Politische Vierteljahresschrift 5 (1964) S. 307–338, hier S. 315.

41 LÖSCHE (wie Anm. 34) S. 11.

42 HOFMANN (wie Anm. 36) S. 14.

Auch dort, wo es Ysmal ausdrücklich um soziologische Aspekte geht, etwa um »Die Parteien und ihre gesellschaftliche Basis«, finden sich unter der generalisierenden Überschrift sogleich doch wieder Tunnel für die fünf wichtigsten Formationen. Gelegentlich treffen wir in den kurzen *Conclusions* auf Aussagen, die sich auf sämtliche Parteien beziehen, zum Beispiel über die Auswirkungen von Veränderungen im Parteiensystem auf die Parteienlandschaft (Modifikation des Wahlsystems zur Nationalversammlung, des Präsidenten). Unreflektiert bleibt freilich die Herkunft der Rahmenbedingungen, also der fundamental bedeutsame Umstand, daß das Parteiensystem nicht »Natur«, sondern selbst ein Produkt der Parteienpolitik ist: Die Parteien des 20. Jahrhunderts schaffen sich ihre Umwelt selbst. Die Geschichte dieser Umwelt, die – wie jede Umwelt – zugleich einen Selektionsmechanismus darstellt – ist aber noch nicht zum Objekt der Parteienhistorie gemacht worden.

Auch Lévêque bleibt einer quasi immanenten Betrachtung der politischen Kräfte verhaftet; nur an verstreut anmutenden Stellen, vor allem in den Schlußkapiteln seiner zwei Bände, werden für die Gesamt-Parteiengeschichte so bedeutsame Umstände wie die Entwicklung der Kommunikationsmittel, des Wahlrechts und der Vereinigungsfreiheit erwähnt, aber eben auch bloß erwähnt. Ist es bezeichnend für die historische Disziplin, daß der einzige »echte« Historiker unter unseren Autoren das sowohl umfangreichste als auch theorieärmste (und natürlich trotzdem nicht standortfreie) Buch verfaßt hat?

Warum Parteien entstanden seien, fragt Lösche zu Beginn und gibt dann noch jeweils einen Überblick über Parteiensystem und -landschaft zu Anfang seiner Kapitel über die Parteien in den üblichen Epochen (vor 1871, 1871–1918 etc.). Zugunsten dieser Abschnitte kann die Lektüre der dazwischen liegenden Tunnelhistorien getrost vernachlässigt werden. Wird auch apologetisch der »funktionierende Parteienstaat« der Bundesrepublik als der vorläufige Endpunkt einer im ganzen glücklichen Entwicklung seit 1848 betrachtet (die Unterbrechungen in der NS-Zeit oder in der DDR gehören ja für Lösche nicht zur Parteiengeschichte, und Parteienkritik ist für ihn fast gleichbedeutend mit Antiparteien-Affekt), so ist hier doch aber eine Ebene erreicht, auf der eine Auseinandersetzung lohnt.

Bei Hofmann gibt es Resümees nur am Ende der einzelnen Unterkapitel, miteinander nicht verbundene Tunnel-Resümees. Allein am Anfang des Kapitels über die Bundesrepublik finden sich Bemerkungen zum Parteiensystem insgesamt und zu seiner Beurteilung, darunter die Aufzählung der den Parteien gemäß dem Parteiengesetz und dem Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter zukommenden Aufgaben sowie der frappierende Schluß: »Angesichts dieser umfassenden Aufgaben muß das politische System der Bundesrepublik somit als Parteiendemokratie charakterisiert werden«⁴³.

Parteien als hierarchische Organisationen

Daß es auch innerhalb der Parteien zu sehr ungleichen Anteilen Machtinhaber und Machtadressaten gibt, wird weder von Lévêque berücksichtigt noch von Lösche, der nur beiläufig einmal das Wort »Verapparatung« benutzt⁴⁴. Hofmann verweist auf ein karrierebewußten Parteimitgliedern innewohnendes Machtstreben, »das wenig altruistisch oder durch ideelle Ziele bestimmt ist«, und er nennt als ein wesentliches Kennzeichen einer modernen Partei »eine hierarchische Organisationsstruktur mit einem hauptamtlichen Funktionärsapparat«⁴⁵.

43 Ibid., S. 191, unter Bezug auf Heinrich OBERREUTER, Politische Parteien, Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik, in: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. DERS., Alf MINTZEL, Bonn 1990, S. 15–40.

44 LÖSCHE (wie Anm. 36) S. 16.

45 HOFMANN (wie Anm. 36) S. 14.

Ysmal wehrt sich gegen das Thema überhaupt: die »Armseligkeit« der »organisationslogischen« Konzepte von Duverger und Michels habe sie veranlaßt, die soziologische Analyse der »Mobilisierten« vorzuziehen, der Anhänger, Mitglieder, Funktionäre, Mandatsträger; aber es geht ihr dabei nicht um die unterschiedlichen Rechte der Mitglieder und Funktionäre, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen, und darum, ob diese Willensbildung »von unten nach oben« verläuft. Wenn Oligarchie ein allen Parteien gemeinsames Phänomen sei, was nütze es dann, so wischt sie das Problem vom Tisch, darauf überall zu sprechen zu kommen, selbst wenn diese Oligarchie jeweils unterschiedlich ausfallen möge? Außerdem sei dazu eine »teilnehmende Beobachtung« ebenso methodisch unerläßlich wie in der Praxis schwer durchführbar. Schließlich, so argumentiert Ysmal, könne man eine Partei nur dann als eine Einheit beschreiben, wenn man systematisch von der lokalen Ebene abstrahiere. Doch gibt es nicht auch innerhalb der Organisationsebenen Hierarchie und Oligarchie, und hatte nicht Ysmal als ein Merkmal einer Partei sich zu eigen gemacht, daß durchgängig eine lokale Organisationsebene existiere?

Parteien als politische Unternehmen

Ein Unternehmen ist im Bereich der Wirtschaft eine juristisch verfaßte Organisation, worin Produktionsfaktoren kombiniert werden mit dem Ziel der Herstellung und des Verkaufs von Gütern – teils in mühsamer Konkurrenz mit anderen Anbietern, teils im kartellartigen Verbund mit gebremstem Risiko, teils relativ bequem aus einer Monopolsituation heraus. Marktmacht und durch Reklame-Feldzüge errungenes Prestige können nicht nur die Profitrate heben, sondern sind häufig sogar existenzwichtig. Wirtschaftsimperialismus kann am ökonomischen Optimum vorbeiziehen. Deshalb ist nicht ausgemacht, daß für die Politprofis der großen Parteien, denen es ebenfalls um die Akkumulation von (in alphabetischer Reihenfolge:) Geld, Macht und Prestige geht, stets eine andere Prioritätenrangfolge gilt. Das Spitzenpersonal ist austauschbar; Abendroth hat geurteilt, die Mentalität des Managements der Konzerne übertrage sich »auf die Mentalität der Führung der Verbände« und die von beiden beeinflussten Politiker gerieten in ein Milieu, »das diese Mentalität der Manipulation einer als (...) unterworfen gedachten Bevölkerung« übernehme⁴⁶. Wenn der Wechsel von Führungskräften aus der Politik in die Wirtschaft stärker ist als umgekehrt, so liegt dies in erster Linie (wenn nicht allein) an den bislang noch erheblich niedrigeren Bezügen, die in der Politik zu erreichen sind.

Kein Parteienhistoriker ist gezwungen, sich dieser groben Skizze anzuschließen, aber die Ansicht, daß die Zeiten der Parteien als Vereinigungen von ums Gemeinwohl besorgten Aktivbürgern (wenn es sie je in Reinform so gegeben haben sollte) sowohl in Frankreich als auch in Deutschland spätestens seit 1918 vorbei sei und daß hier – ebenso, wie von Ostrogorski für England und die USA konstatiert – »Bosse« und »Maschinen« die Allokation von Wählern und Mitgliedern zwecks Organisation von Mehrheiten betreiben, Kampagnen führen, Macht in Geld und Geld in Macht verwandeln, kann nicht länger ignoriert werden. Es gilt, sie für die Gewinnung auch von historischen Erkenntnissen nutzbar zu machen. Während jedoch Ostrogorski dem Bild der Partei als einer Vereinigung verantwortungsbewußter Bürger romantisch nachhing und damit – gewiß nicht ohne Verzerrungen – die triste Realität des politischen Unternehmertums verglich, ist dieses Bild für unsere Autoren noch immer – partiell gewiß defekte – Realität und dient als Richtschnur für den historischen Rückblick.

Parteienkritik ist in den untersuchten Büchern entweder gar nicht erst erwähnt oder kurzerhand beiseitegeschoben worden. Parteien seien in Frankreich ein junges (sic!) und umstrittenes Phänomen, konstatiert Ysmal: die Konservativen beklagten eine Zerstörung

46 ABENDROTH (wie Anm. 43) S. 330.

der nationalen Einheit, die Liberalen die Rechtlosigkeit der Parteimitglieder. Daher rühre die späte Erwähnung der Parteien in der französischen Verfassung, erst 1958. Daß die Parteien mit ihrer – wie Ostrogorski formulierte – »extrakonstitutionellen« Machtausübung vielleicht ganz gut leben könnten, erwägt Ysmal nicht.

Lösche wirft dem einstigen Bundespräsidenten von Weizsäcker, der 1992 »Machtversessenheit und Machtvergessenheit« der Parteien beklagt hatte⁴⁷, nicht nur den Widerspruch zu seiner eigenen parteipolitischen Vergangenheit vor, sondern auch seine Nähe zu der von Gablentz sogenannten Kritik »der ersten Art«, dem Antiparteien-Affekt. Auf die – bei Weizsäcker überwiegende – Kritik »der zweiten Art« geht Lösche nicht ein. Hofmann verweist zu Recht darauf, daß »Parteienverdrossenheit als Begleitelement der gesamten Parteigeschichte« nachweisbar ist. Allein, daß an die Seite der gegen »Parteihader« gerichteten Kritik erst nach 1968 ein Protest »von links« getreten sei (gegen die Verfilzung von Parteien und Staat und den Mangel an innerparteilicher Demokratie), stimmt nicht: auch die Kritik »der zweiten Art« ist so alt wie die Parteien selbst⁴⁸. Lévêque hat die Parteienkritik ganz und gar außer Acht gelassen, und das grenzt an Geschichtsklitterung.

Alternative Parteienhistorie = »eigentliche« Parteienhistorie

Parteihistoriker können Parteienkritik als Begleitphänomen ihres Forschungsobjektes zur Kenntnis nehmen, zunächst parallel dem Tunnel »Parteien« noch einen für »Parteienkritik« buddeln (womit dann die Parteien-Historie Gefahr liefe, als »unkritisch« dazustehen); sie könnten Interdependenzen erforschen: haben bestimmte Verhaltensweisen von Parteien zu Veränderungen der Parteienkritik geführt? Parteihistoriker hätten darüber hinaus die Möglichkeit, die Geschichte der Parteien im Lichte der Parteienkritik zu rekonstruieren – bei offenem Ergebnis: Das politische Interesse daran, die Thesen der Parteienkritik bestätigt oder widerlegt zu zeigen, dürfte gleichermaßen vorhanden sein. Selbstverständlich wäre eine Kritik der Parteienkritik erforderlich, die ihrerseits nicht unbedingt eine Apologie der Parteien sein müßte.

Unabhängig von seinem Ergebnis verdiente es ein solches Vorgehen, eine »alternative Parteienhistorie« genannt zu werden. Nach einiger Gewöhnungszeit könnte sich herausstellen, daß diese alternative Parteienhistorie die »eigentliche« Parteienhistorie wäre und die althergebrachte Parteienhistorie eine unkritische, den Interessen der Herrschenden, also der Parteiführungen verhaftet. Die kritische Historie der Könige und Kaiser und der sie stützenden Kräfte war früher auch einmal eine »alternative« Historie, heute dagegen – im Zeitalter der »Partitokratie« – ist sie nicht allein die einzig akzeptable, sondern mittlerweile auch die einzig akzeptierte.

Selbst die beiden »stärkeren« der hier konsultierten Bücher, die von Ysmal und Lösche, sind von solch einer alternativen Parteienhistorie noch weit entfernt. Zwar hat Ysmal formuliert, 1988 hätten die großen fünf französischen Parteien nicht weniger als 95% der Stimmen »kapitalisiert«; aber *capitaliser* bedeutet wenig mehr als »anhäufen«, und ist wohl kaum in der Absicht gewählt worden, an das Gebaren von Wirtschaftsunternehmen zu erinnern. Daß Parteien Geheimnisse haben, die weit über den Datenschutz hinausgehen, auf den z. B. ihre Angestellten Anspruch haben (also gewissermaßen »Unternehmens«-Geheimnisse), ist von Ysmal immerhin in Bezug auf die – wie sie argwöhnt – von den Parteiführungen stets gewaltig übertriebenen Mitgliederzahlen erwähnt worden.

47 Gunter HOFMANN, Werner A. PERGER, Richard von Weizsäcker im Gespräch, Frankfurt a. M 1992, S. 146.

48 Helmut STUBBE-DA LUZ, »Parteien – ja, aber«, Zur pluralistischen Tradition deutschsprachiger Parteienkritik, in: Lothar HÖBELT u. a. (Hg.), Freiheit und Verantwortung, Jahrbuch für politische Erneuerung 1995, Wien 1994, S. 415–424.

Lösche vertritt die Theorie, daß »Parteien sich in der Regel gegen andere politische und soziale Positionen konstituieren«: der Liberalismus gegen Absolutismus und Feudalismus, ökologische Parteien gegen die Wachstumsgesellschaft. Wenn aber Parteien »sich bilden«, also entlang bestimmter Konfliktlinien quasi durch Selbstorganisation entstehen, scheint dies mit dem Bild des politischen Unternehmertums nicht gut vereinbar. Ferner befänden sich just die »Volksparteien« CDU und SPD, Hauptobjekte gegenwärtiger Parteienkritik, im Zustand einer »lose verkoppelten Anarchie«, seien nicht mehr als »Föderationen von Föderationen lokaler Organisationen«; ihre Bundesvorstände führten nicht, sondern integrierten nur, sie seien durch »Fragmentierung, Segmentierung, Dezentralisation und funktionale Differenzierung« gekennzeichnet. Waren die Parteien schon immer lose verkoppelte Föderationen, deren führende Funktionäre zwar Geschlossenheit anstrebten und fingierten, aber die ihnen zum Vorwurf gemachte Hierarchisierung und Oligarchisierung nie erreichten?

Nun bedarf es zunächst auch für eine Selbstorganisation initiierender Impulse aktiver Individuen, die dann oft als Parteigründer »in die Geschichte eingehen«. Von selbst ist noch keine Partei entstanden – auch wenn Motive ausreichend vorhanden schienen. Gewiß schwanken die Anteile von Selbstorganisation und Gründer-Management ebenso wie die Anteile von »Weltverbesserungs«-Eifer, kollektivem Behauptungswillen und Machtkalkül. Aber sogar in einer als »Weltverbesserungs«-Partei angetretenen Gruppierung können bald politische Unternehmer das Heft in die Hand bekommen. Diese Berufsfunktionäre können solange mit der Rolle vorlieb nehmen, eine »lose verkoppelte Anarchie« zu integrieren, wie der Unternehmenszweck halbwegs wirkungsvoll verfolgt, d.h. »Unternehmergewinn« erzielt wird – ein bestimmtes Quantum an Geld, Macht und Prestige. »Die Geschmeidigkeit«, so hat Ostrogorski bissig angemerkt, »mit der die Maschine sich den Umständen anpaßt, kennt keine Grenzen; sie ist in der Lage, um die öffentliche Meinung irrezuführen, sich von Grund auf zu ändern, ganz und gar »respektabel« zu werden«⁴⁹.

»Lose verkoppelte Anarchie« scheint gegenwärtig sogar zunehmend das Leitbild auch wirtschaftlicher Unternehmen zu werden: zumindest in der Theorie werden dort Hierarchien abgeflacht, Selbstorganisationsprozesse animiert, Autonomiebezirke und Kreativitäts-oasen eingeräumt. Doch während dies alles im Bereich der Wirtschaftsunternehmen dem *ökonomischen* Prinzip dienen soll und nebenbei vielleicht auch der Menschenwürde dient, muß die Beurteilung der Leistung der Parteien – wie Gablentz betont hat – heutzutage nach einem viel schwieriger definierbaren *Demokratie*-Prinzip erfolgen. Derartige Fragen jedoch spielen weder bei Lösche noch bei Ysmal noch bei den beiden anderen der hier untersuchten Werke eine auch nur bescheidene Rolle. Zu den Produkten eines politischen Unternehmens »Partei«, welches das »Demokratie«-Gütesiegel in Anspruch nimmt, müßte aber wohl auch die Heranführung und Beteiligung von immer mehr Menschen an immer mehr politische Entscheidungen gehören, die Organisation politischer Willensbildung »von unten nach oben«, das Vorleben von Offenheit und Transparenz – im Kontrast zu Staat und Wirtschaftsunternehmen und mit der Absicht, diese Prinzipien auch dort zur Geltung zu bringen.

Es ist nicht auszuschließen, daß es hier und da Ansätze zu einer »alternativen« Parteienhistorie gibt; sie wären vom »Main stream« der Parteienhistorie, für den die hier untersuchten Überblickswerke als repräsentativ angenommen worden sind, dann unbeachtet geblieben. Vermutlich aber müssen sie erst noch geschaffen werden. Ausgehend von der Hypothese, daß Parteien – zumindest langfristig – gar nichts anderes sein können als politische Unternehmen, müßten vor allem die folgenden Phänomene untersucht werden:

49 OSTROGORSKI (wie Anm. 6) S. 536.

- die Entwicklung der Methoden und Entscheidungsprozesse, die der Produktion von Programmen und Kandidaten zugrundeliegen⁵⁰;
- die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Konkurrenz und Kooperation unter den Parteien;
- die Entwicklung der »Produktionsverhältnisse«, d.h. des Parteiensystems im weitesten Sinne und vor allem des Einflusses, den die Parteien selbst auf diese Entwicklung genommen haben, z.B. durch Gesetzgebung in eigener Sache;
- die Entwicklung der Rechte und Einflußmöglichkeiten der Politik-Konsumenten, d.h. der Einwohnerinnen und Einwohner, der Wählerinnen und Wähler, der »normalen« Parteimitglieder zum Beispiel in Frankreich oder Deutschland.

In einer solchen Parteienhistorie, die quer zu den Tunneln von CDU und FDP und SPD, von RPR und UDF und PS läge, kämen diese Partei-Eigennamen nur jeweils in Exempeln vor. Fall-Studien zu einzelnen Parteien wären unter den genannten Problemstellungen weiterhin erforderlich, träten aber zurück zugunsten einer Gesamtbetrachtung, die vom Standpunkt einer um demokratische Mitwirkung bemühten Einzelperson, eines skeptischen, nicht auf das real existierende Parteiensystem fixierten Politik-Konsumenten aus erfolgen könnte. Moisei Ostrogorski hatte sich zu diesem Zweck vor rund hundert Jahren bemüht, nicht beim Studium der institutionellen Formen der Politik stehenzubleiben, sondern – gewissermaßen dahinter – die tatsächlich wirkenden politischen Akteure und ihre Methoden in den Blick zu bekommen – in einer Studie, die er als zugleich sozialwissenschaftlich, historisch und kritisch (*scientifique, historique et critique*) bezeichnete⁵¹. Die geschichtswissenschaftliche Komponente war darin vergleichsweise am geringsten ausgeprägt, vielleicht nicht zuletzt deswegen, weil für eine sozialwissenschaftlich orientierte, empirisch fundierte und politisch kritische Darstellung der Parteiengeschichte, wie sie oben skizziert wurde, die Quellen tatsächlich geringer fließen als für die konventionelle Art der Darstellung, die sich im wesentlichen auf das von den Parteien selbst tradierte Material stützt. Aber die historische Forschung kommt – will sie der Gegenwart nützen – wohl kaum umhin, solche Gesichtspunkte, wie sie vor allem Ostrogorski, vor ihm Bryce, nach ihm Michels pionierhaft herausgearbeitet haben, sowohl als Bestandteil der Parteiengeschichte anzuerkennen als auch – selbstverständlich nach kritischer Prüfung – in der Praxis anzuwenden. Deswegen lohnt es, sich Moisei Ostrogorski – wie es in Frankreich geschieht – wieder ins Gedächtnis zu rufen.

50 Vgl. dazu meine Regionalstudie über die Kandidatenaufstellung der Hamburger Parteien seit 1848 Helmut STUBBE-DA LUZ, Vor Wahlen: Aufstellung, Zulassung und Präsentation von Kandidaten zu allgemeinen Hamburger Wahlen seit 1848, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 1997.

51 OSTROGORSKI (wie Anm. 6) S. 38.